



KOMMENTAR

Das Volk soll regieren



Weil der Regierung nichts mehr einfällt, vertraut sie jetzt auf direkte Demokratie

VON HELMUT BRANDSTÄTTER

Claudia Schmied hat sich in der gestrigen Pressestunde heftig widersprochen. Sie freue sich über das Androsch-Volksbegehren zur Verbesserung der Bildung, weil es das Thema aus der Parteipolitik herausnehme. Gleich darauf war sie wieder SPÖ-Parteisoldatin. Nein, über Studiengebühren dürfe man nicht nachdenken, das verbiete die Partei.

Man hat den Eindruck, die Politik, also vor allem diese Regierung, wird sich bald überall hinter dem Volk verstecken. Bei der Wehrpflicht werden wir alle mitreden dürfen, weil der Kanzler mehr auf die *Kronzeitung* als auf seinen Verteidigungsminister hört. Über die Bildung stimmen wir ab, weil die Regierung weder für Unis noch für die Schulen einen klaren Plan hat. Wir könnten dann noch darüber abstimmen, welcher Wohltäter die Kosten für die Entscheidungen des Volkes übernimmt. Direkte Demokratie sollte mehr sein, als ein Ausdruck der Verlegenheit.

Eine Regierung, die beim wichtigsten Zukunftsthema gebannt auf einen ehemaligen Politiker starrt, hat sich bereits abgeschafft. Was kommt nachher?

Übrigens: Herr Strache dürfte auf Urlaub sein. Was soll er sonst machen? Läuft ohnehin prächtig für ihn.

helmut.brandstaetter@kurier.at



Schmied: „Brauche Volksbegehren“, scharfe Kritik an ÖVP-Chef Pröll

Bildung. Ministerin erhofft sich durch Androsch-Initiative Rückenwind. Auch Studiengebühren seien „ein Modell“, sagt die SPÖ-Politikerin.

[WIEN/AICH] In Politikerkreisen munkelt man über einen Abtausch: Die Kompetenzen für Spitäler sollen zum Bund wandern, die Länder dafür Zugriff auf die jetzigen Bundeslehrer bekommen. Bildungsministerin Claudia Schmied (SPÖ) ließ in der ORF-„Pressestunde“ am Sonntag keine Zweifel daran, dass sie sich gegen einen Abtausch stellt. „Das kann so nicht kommen“, erklärte sie. Es müsse in der Bildung „eine klare Bundeskompetenz in Gesetzgebung und Vollziehung geben“.

Scharfe Kritik übte Schmied an Finanzminister Josef Pröll, der erklärt hatte, dass man „das Landeslehrermodell über den gesamten Schulbereich ziehen soll“. So etwas dürfe ein Finanzminister eigentlich nicht denken, meinte Schmied. Aber Pröll sei nun mal auch Parteichef und müsse auf andere parteipolitische und „familienpolitische Einflüsse“ Rücksicht nehmen. Ein Seitenhieb, zumal der Onkel des Vizekanzlers, Niederösterreichs Landeschef Erwin Pröll, unbedingt Lehrerkompetenzen beim Land sehen möchte. „Was gut ist für ein Bundesland, muss nicht gut sein für ganz Österreich“, sagte Schmied. Überdies seien sich die Länder selbst untereinander nicht einig.

Bemerkenswert war Schmieds Antwort auf die Frage, ob sie das vom einstigen SPÖ-Vizekanzler Hannes Androsch initiierte Bildungsvolksbegehren brauche, um ihre Standpunkte durchzusetzen. „Ich sage Ja“, meinte Schmied. „Wir brauchen diesen Rückenwind.“ Die Ministerin betonte, dass sie ganztägige Schulformen ausbauen und frühzeitige Selektion in verschiedene Schulformen abschaffen möchte. An Unis brauche es aber wegen der hohen Studienabbrucherquote eine Eingangsphase „mit einer Serie von Prüfungen, wo wir auch die Leistungen der Studierenden bewerten“. Zum Thema Studiengebühren meinte Schmied, auch diese seien „ein Modell“. Auf Nachfrage ruderte die Ministerin zurück und erklärte, Studiengebühren seien wegen der aktuellen Beschlusslage der SPÖ kein Thema.

ÖVP: Schmied soll Föderalismus begreifen

Die ÖVP wies die Kritik von Schmied an Vizekanzler Pröll zurück. Außenminister Michael Spindelegger betonte, in Österreich gebe es den Föderalismus, und diesen solle Schmied „weniger als Schwäche, sondern vielmehr auch als Stärke begreifen“.